



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 · 30159 Hannover

**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Ansprechpartner: Fabian Böer, Birgit Heine,  
Lars Drebold  
Tel: (030) 227 – 71111  
Fax: (030) 227 – 76099  
Email: matthias.miersch@bundestag.de

**Wahlkreis**  
Kurt-Schumacher-Haus  
Odeonstr. 15/16  
30159 Hannover  
Ansprechpartnerinnen:  
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu  
Tel: (05 11) 16 74 303 (09:00 - 14:00 Uhr)  
Fax: (05 11) 92 03 190  
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de  
[www.matthias-miersch.de](http://www.matthias-miersch.de)

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

**liebe Genossinnen und Genossen,**

es ist Donnerstag, 3.7.2014, 20.30 Uhr, und ich sitze am Schreibtisch meines Berliner Büros kurz vor der letzten Namentlichen Abstimmung vor der sitzungsfreien Zeit im Sommer. Grund genug für eine Persönliche Erklärung, die ein erstes Fazit sein soll.

Heute war ein ereignisreicher, ja man kann wirklich sagen ein historischer Tag in der Bundesrepublik Deutschland. Zunächst hielt der französische Publizist Alfred Grosser anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges in einer Gedenkstunde eine bewegende Rede. Danach folgten die Debatte und die Abstimmung über die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Und schließlich haben wir gerade die doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern eingeführt. Damit findet eine Reihe von Entscheidungen der letzten Wochen ihren Höhepunkt, mit denen wir das Einlösen zentraler sozialdemokratischer Ziele erreicht haben. Ich werde gleich auf die jeweiligen Projekte näher eingehen.

Da ich natürlich auch all die Stimmen wahrnehme, die noch mehr erreichen wollten, möchte ich jedoch vorweg eine grundsätzliche Einschätzung geben. Wir haben bei der Bundestagswahl im September 2013 25,7 Prozent der Stimmen erhalten. Insoweit ist klar, dass wir unser Wahlprogramm nicht vollständig umsetzen können. Gemessen daran können wir nach meiner festen Überzeugung jedoch spätestens mit dem heutigen Tag nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns stolz sein, die Bundesrepublik Deutschland in wesentlichen Punkten im Sinne sozialdemokratischer Politik verändert zu haben. Für Millionen Menschen wird sich die individuelle Lebenssituation verbessern.

Für jede und jeden Betroffenen hat es sich gelohnt, bei Wind und Wetter für unsere Inhalte in den Wahlkämpfen geworben zu haben. Wer sich erinnert, wie CDU und CSU z.B. unsere Pläne zum gesetzlichen Mindestlohn oder zur doppelten Staatsbürgerschaft noch vor wenigen Monaten bekämpft haben, kann einschätzen, was der heutige Tag bedeutet. Wir haben diese Veränderungen nun genau mit diesen Parteien beschlossen und somit auf eine breite Basis auch für die Zukunft gestellt. Und noch eins: Da ich in den letzten Wochen direkt die Debatten über die Ukraine-Krise und über die Auslandseinsätze verfolgt habe, bin ich mir ebenso sicher, dass ein rot-rot-grünes Bündnis mit einer ganz knappen Mehrheit bereits gescheitert wäre, so dass die Veränderungen hoch fragil gewesen wären.



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kurzum: Ich bin heute wirklich glücklich. Dabei bin ich mir bewusst, dass noch viele weitere Aufgaben auf uns warten und es keinen Grund gibt, sich selbstgerecht zurückzulehnen. Dennoch ist es mit diesen Erfolgen leichter, die großen Herausforderungen der Zukunft anzugehen.

Doch nun zu den einzelnen Entscheidungen:

### **1. Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns**

Heute haben wir die Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns beschlossen. Die Anwesenheit des DGB Vorsitzenden (und früheren Vorsitzenden) und der Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften bei der heutigen Abstimmung unterstreicht die Bedeutung der Entscheidung. Ein Paradigmenwechsel findet nun statt. Erstmals definiert der Gesetzgeber eine Lohnuntergrenze. Ab 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn von 8,50 Euro für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flächendeckend und ausnahmslos für alle Branchen! Ein zentrales Versprechen wird damit umgesetzt. Darüber hinaus werden über 1000 zusätzliche Stellen beim Zoll geschaffen, um die Umsetzungskontrolle besser zu gewährleisten. Und es wurde vereinbart, bereits im Jahr 2017 eine erste Überprüfung der Höhe des Mindestlohns durch die gebildete Kommission vorzunehmen.

Natürlich kann man darüber streiten, ob die Übergangsregelungen für Zeitungszusteller und die Regelungen für Langzeitarbeitslose, Erntehelfer und unter 18-Jährige sinnvoll und gerechtfertigt sind. Fakt ist aber zunächst, dass es für keine Branche ab 1. Januar 2017 mehr alternative Regelungen geben wird, was z.B. die Zeitungsverleger bis zum Schluss gefordert haben. Es handelt sich hier nur um eine schrittweise Anpassung bis 1. Januar 2017. Bei den Saisonkräften in der Landwirtschaft gilt der Mindestlohn bereits ab 1. Januar 2015. Allerdings wird den Arbeitgebern im Bereich der Abrechnungen für Kost und Logis entgegen gekommen. Erstmals gibt es bei den Praktika klare Regelungen. Grundsätzlich gilt, dass Praktika nach einem Studien- und Berufsabschluss ab dem 1. Januar 2015 dem gesetzlichen Mindestlohn unterliegen. Bei freiwilligen Praktika ohne Abschluss darf bis zu drei Monaten vom Mindestlohn abgewichen werden, da hier eher das „Lernen“ als das „Arbeiten“ im Vordergrund steht. Ich halte diese Entscheidung für vertretbar, wie auch bei den unter 18-Jährigen, bei denen der Berufsabschluss im Mittelpunkt stehen sollte.

Lange wurde um die Regelungen für die Langzeitarbeitslosen gerungen. Der Arbeitgeber kann hier in den ersten sechs Monaten nach Wiedereinstieg vom Mindestlohn abweichen, um die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Über Eingliederungsbeihilfen etc. kann jedoch auch hier die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns erreicht werden. Gerade diese Regelung wird in den kommenden Monaten in ihrer Wirkung genau beobachtet werden müssen, so dass ich es für richtig halte, dass zum 1. Juni 2016 eine Evaluierung durch die Bundesregierung stattfinden wird, um ggfs. Anpassungen vorzunehmen, wenn die erhoffte Wirkung der verbesserten Wiedereingliederung nicht erfolgt.

### **2. Doppelte Staatsbürgerschaft**

Künftig müssen sich in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Die Optionspflicht haben wir heute abgeschafft. Wer an die Unterschriftenaktion von Roland Koch



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

denkt, sieht auch hier den enormen Fortschritt, wenngleich ich selbstverständlich weiter für eine Ausdehnung der Regelung eintreten werde. Ein erster wichtiger Schritt wurde heute getan.

### **3. Rente**

Bereits in der vorletzten Sitzungswoche haben wir die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren und die sogenannte Mütterrente beschlossen. Gleichzeitig haben wir auch Verbesserungen im Bereich der Erwerbsminderung und im Reha-Bereich durchgesetzt.

Versicherte, die 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben, können seit dem 1. Juli 2014 abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen. Dieses Alter steigt parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze bis 2029 auf 65 Jahre. Vorübergehende Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs werden anerkannt, wenn sie nicht in den letzten beiden Jahren vor Renteneintritt liegen, um Frühverrentungen zu vermeiden. Da 2029 die Regelung erreicht wird, die bereits vor der jetzt beschlossenen Reform galt (Rente ab 65 mit 45 Versicherungsjahren), werden wir in der Zwischenzeit überlegen müssen, wie flexible Übergänge gestaltet werden können, die der individuellen Situation der Betroffenen gerecht werden.

Bei der Mütterrente schließen wir Gerechtigkeitslücken im Vergleich zu den nach 1992 geborenen Kindern. Ich halte diese Regelungen für gerechtfertigt, betone allerdings stets, dass ich vor allem die Finanzierung der Mütterrente aus der Rentenversicherung nicht für richtig halte, da hier eine klassische versicherungsfremde Leistung vorliegt. Insofern fordere ich an jeder möglichen Stelle, eine grundsätzliche Debatte über die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu führen. Die SPD wird diese Frage in den nächsten Jahren ganz oben im Rahmen der Programmdebatte ansiedeln müssen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir sowohl in der Gesundheitsversorgung, wie auch in der Altersversorgung Bürgerversicherungssysteme benötigen, in die alle nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einzahlen. Das wird noch intensive Debatten – auch unter Vertrauensschutzaspekten – auslösen. Um Generationengerechtigkeit und Solidarität herzustellen, benötigen wir jedoch diesen Umstieg.

### **4. EEG**

In der letzten Sitzungswoche haben wir bereits die Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) verabschiedet. Zum Glück hat der Europäische Gerichtshof in dieser Woche grundsätzlich das Fördersystem für rechtmäßig erklärt. Die Diskussion über die Reform des EEG war besonders schwierig. Viele Protagonisten waren beteiligt. Der Wirtschaftsausschuss hatte die Federführung. Es gibt jetzt Licht und Schatten. Zunächst finde ich es grundsätzlich falsch, die Debatte nur auf das EEG zu lenken. Viel stärker sind Verbraucherinnen und Verbraucher durch gestiegene Heiz- und Mobilitätskosten belastet. Hier geht es um alte, endliche Energieträger. Auch hätte ich mir eine tiefere systematische Diskussion gewünscht – z.B. über die Börsen-preisentwicklung oder über die Ausnahmeregelungen für die Industrie mit anderen Förderinstrumenten. Gleichzeitig teile ich auch nicht die Untergangsszenarien von einigen Gruppen.

Positiv ist, dass endlich eine Einigung zwischen Bundesregierung und Bundesländern erfolgt ist und etwas mehr Planungssicherheit erreicht werden konnte. Auch rot-grün geführte Länder stimmen der Reform zu. Der gerade für Niedersachsen wichtige Offshore-Bereich bekommt Investitionssicherheit und auch der Ausbau der Windkraft auf Land wird weiter gehen. Zugleich



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

musste die Bundesregierung bis Sommer eine Regelung mit der EU-Kommission für die Ausnahmeregelungen von Teilen der energieintensiven Industrie schaffen, da ansonsten jegliche Ausnahmeregel fraglich geworden wäre, was aus wirtschaftspolitischer Sicht große Probleme hätte nach sich ziehen können. Dass sich Industrie, Verbraucherinnen und Verbraucher mit Erneuerbaren-Anlagen künftig auch an der EEG-Umlage zu einem gewissen Teil beteiligen müssen, halte ich für gerechtfertigt, zumal wir in den parlamentarischen Beratungen noch eine Bagatellgrenze für Privathaushalte durchsetzen konnten.

Problematisch finde ich dagegen die Festlegung auf Ausschreibungsmodelle. Allerdings gibt es hier nur den Verweis auf künftig beabsichtigte Regelungen, so dass in der nun zu führenden Diskussion auf die Erfahrungen in anderen Ländern verwiesen werden muss. Die dort gemachten Fehler dürfen sich in Deutschland nicht wiederholen. Grundsätzlich sind auch die großen offenen Systemfragen (Verhältnis fossiler Energieträger zu Erneuerbaren, Börsenpreis etc.) nicht gelöst, so dass ich es für übertrieben halte, von einem „großen Wurf“ zu sprechen. Viele Fragen werden uns in der kommenden Zeit beschäftigen müssen. Hier geht es dann um zentralere Weichenstellungen, die möglicherweise auch Gewissensentscheidungen darstellen. Abwägend bin ich zu der Überzeugung gelangt, die Bemühungen von Sigmar Gabriel zu unterstützen, Planungs- und Investitionssicherheit gerade in den für Niedersachsen bedeutsamen Technologien zu erreichen.

## **5. Gentechnik**

Über die Entwicklung einer nationalen Ausstiegsklausel habe ich in den letzten Persönlichen Erklärungen bereits berichtet. Nun haben sich die EU-Mitgliedsstaaten auf eine Regelung verständigt, die künftig ermöglichen wird, dass jeder Mitgliedsstaat den Anbau einer auf EU-Ebene zugelassenen Sorte verbieten darf und dies jederzeit, ohne mit dem betroffenen Unternehmen verhandeln zu müssen. Gerade dafür hatte sich der Bundestag in einem Entschließungsantrag ausgesprochen, den ich mit erarbeitet hatte.

Wir haben hier erreicht, dass CDU und Kanzlerin ihren gentechnikfreundlichen Kurs verlassen mussten und der Anbau Grüner Gentechnik in Deutschland nun verboten werden kann. Das war im Rahmen der Koalitionsverhandlungen noch nicht durchsetzbar. Es muss nun abgewartet werden, ob das neu gewählte Europäische Parlament diese Regelungen mitträgt. Ich arbeite parallel daran, dass der Druck des Bundestages weiter anhält, damit künftig die Bundesregierung bereits im Zulassungsverfahren auf EU Ebene eine klare Gegenposition bezieht und sich nicht – wie beim Mais 1507- enthält.

## **6. Suedlink**

Auch hier hat sich der Einsatz gelohnt. So wird es nun auch weiterhin möglich sein, dass Erdkabel in den Bereichen eingesetzt werden können, in denen bereits bestehende Hochspannungstrassen vorhanden sind. Ein Gesetzentwurf hatte zunächst vorgesehen, eine Erdverkabelung in Nähe bestehender Trassen auszuschließen. Nach intensiven Verhandlungen ist diese Regelung nun vom Tisch. Mehr noch: Mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen haben wir gegenüber der Bundesnetzagentur und TenneT gerade eine Erklärung verabschiedet, in der wir uns für mehr Transparenz bei der Trassenplanung sowie für einen verstärkten Einsatz von Erdverkabelung



**Dr. Matthias Miersch**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

aussprechen und - gerade dafür habe ich gestritten – auch mögliche Gesetzesänderungen ankündigen, wenn angemessene Lösungen nicht anders erreicht werden können. Wir müssen nun sehen, ob diese Aktion Früchte trägt.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen, das waren einige Schwerpunktthemen. Daneben könnte ich u.a. noch über die ersten Sitzungen der Endlager-Kommission, Fortschritte bei der Verhinderung der Salzpipeline von K&S, Aufstockung der Mittel der „Sozialen Stadt“, zusätzliche Investitionen in Kitas und Wissenschaft in Milliardenhöhe oder über den Erfolg unserer Handysammelaktion berichten. Das würde nun aber den Umfang sprengen, so dass ich auf meiner Internetseite und in späteren Persönlichen Erklärungen berichten werde.

Ich wünsche Ihnen und Euch nun erst einmal einen tollen Sommer und hoffentlich erholsame Ferien in der Hoffnung, dass wir uns vielleicht bei meiner Sommertour treffen. Die Termine werden gesondert veröffentlicht. Hinweisen möchte ich noch auf eine Veranstaltung zum Thema „Rente“ am 17. Juli, 19.30 Uhr, im Restaurant „Visier“ (Bürgerschützenheim), Hohenhorst Weg 8, mit dem Ver.di Ortsverein Lehrte/Sehnde sowie auf eine Fraktion vor Ort Veranstaltung ebenfalls zum Thema „Rente“ am 29. Juli, 19.00 Uhr in Seelze, Restaurant Flügels, Hannoversche Str. 17 A. Beide Termine habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Kerstin Tack.

Natürlich freue ich mich auch wieder über Reaktionen auf diese Persönliche Erklärung!

Herzliche Grüße!  
Ihr/Euer

Matthias Miersch